

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 789—792 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 9. Dezember 1919

Englisches Urteil über die Gewinnung synthetischen Ammoniaks¹⁾.

In der Generalversammlung der Nitrogen Products and Carbide Company, die nach eigenem katalytischen Verfahren Kalkstickstoff herstellt, gab der Vorsitzende folgendes unzweideutiges, wenn auch gewundenes Eingeständnis der Überlegenheit deutscher technischen Geistes: In den letzten Monaten ist, so führte er aus, in der Presse viel von den Vorzügen des H a b e r schen Verfahrens zur Fixierung des atmosphärischen Stickstoffs in Form von Ammoniak die Rede gewesen, aber offenbar bestehen in erheblichem Umfange irgendeine Auffassungen über die Möglichkeiten, die dieses Verfahren im Vergleich mit dem Cyanamid-Verfahren bietet. Man weiß, daß es in Deutschland während des Krieges in großem Umfange angewendet worden ist, aber nach zuverlässigen Nachrichten ist eine Ausdehnung seiner Anwendung weit über den Bezirk hinaus, in dem es entwickelt worden ist, unwahrscheinlich. Es ist zwar äußerst geistreich, aber es macht eine große Reihe von Operationen und verschmitzten Prozessen und außerdem die Benutzung einer sehr kostspieligen und verwickelten Anlage und technische Geschicklichkeit der höchsten Art nötig. Nach einer neueren Pressemeldung geben die Deutschen zu, daß eine erfolgreiche Benutzung des Verfahrens von der technischen Geschicklichkeit abhängig ist, die sie allein erworben haben. Die verwickelte Natur des Verfahrens wird vielleicht am besten durch ihre eigenen Worte bei Erteilung der Erlaubnis zum Besuch der Werke der Badischen Anilin-Fabrik durch eine französische Kommission beleuchtet: „Wenn sie die Anlagen sähen, würden sie nicht imstande sein, sie nachzumachen, und selbst wenn sie sie erbaut hätten, würden sie sie nicht betreiben können.“ Außerdem ist es ein Verfahren, bei dem man völlig auf Kohlen angewiesen ist, so daß es damit durchaus von den jetzigen teuren Kohlenpreisen beeinflußt wird. („Fin. News“ vom 12./11. 1919.)

Ec.*

Wochenschau.

(28.11. 1919.) Unsere wirtschaftliche Ordnung steht und fällt mit geregelter Beförderung von Gütern, hauptsächlich von Brennstoffen und Lebensmitteln, damit einerseits die Industrie vor Betriebsstörungen tunlichst bewahrt wird, andererseits aber die Bevölkerung überhaupt vor Nahrungssorgen nach Möglichkeit geschützt ist. Beides sind unter den heutigen schwierigen Verhältnissen riesenhafte Aufgaben, deren Bewältigung die größten Anstrengungen aller Beteiligten erfordert. Es muß allerdings zugestanden werden, daß an allen in Frage kommenden behördlichen Stellen keine Mühe gescheut wird, um unser Wirtschaftsgetriebe in Gang zu erhalten. Allem Anschein nach werden wir denn auch vor dem Schlimmsten in diesem Winter bewahrt bleiben, soweit wir bis jetzt zu urteilen vermögen. Noch hat aber der eigentliche Winter nicht begonnen, so daß es nach wie vor der Anspannung aller Kräfte bedarf, um über die gefährlichste Zeit des Winters hinwegzukommen. Hat die inzwischen eingetretene offene Witterung eine gewisse Entspannung in den Schwierigkeiten hinsichtlich der Versorgung mit Brennstoffen gebracht, so dürfen wir darum nicht nachlassen, alle Mittel anzuwenden, um die Beförderung von Brennstoffen auf der Eisenbahn zu erleichtern. Nachdem die Flüsse infolge des starken Schneefalles und des im Anschluß daran eingetretenen Regenwetters reichlichen Wasserzuwachs erhalten haben, kommt die Schifffahrt für die Beförderung im allgemeinen wieder mehr in Betracht, worauf alle Verfrachter bei ihren Bezügen die größtmögliche Rücksicht nehmen sollten.

Der Stand unserer Valuta im Auslande erfuhr zeitweise geringe Aufbesserung, die sich aber nur zum kleinen Teil behauptete. Immerhin ist es bemerkenswert, daß häufigere Ansätze zur Besserung sich geltend machen, während lange Zeit die Kurve bekanntlich andauernd nach unten gerichtet war. Valuta, Arbeit, geregelte Verkehrsverhältnisse stehen in innigster Beziehung zueinander. Wird die Kohleverzeugung sich doch weiter langsam nach oben bewegen und jeder Anlaß zu Streiks in der Industrie überhaupt vermieden, so dürfte das Vertrauen zu uns im Auslande doch wohl langsam wiederkehren. Daß der Wert der Reichsmark im Auslande auf den Nullpunkt sinken und als Wertmesser lediglich der Tauschhandel eintreten wird, erscheint uns denn doch etwas skeptisch. Wer solche Gedanken ausspricht oder sie gar nährt, verhindert die Wiederherstellung des Vertrauens zu uns, das wir in erster Linie brauchen.

¹⁾ Vgl. S. 750 und 765.

Dieses Vertrauen schätzen wir höher ein als die Bewilligung großer Valutakredite.

Die Preise aller Rohstoffe am Weltmarkt erfuhren im Laufe der Berichtswoche überwiegend merkliche Versteifung, was weniger auf starken Bedarf als auf den Mangel an Frachtraum zurückzuführen ist, der sich in den nächsten zwei Monaten in erhöhtem Maße geltend machen wird. Neutrale Tonnage ist in den südamerikanischen Häfen nicht oder nur sehr schwer zu erlangen. Für nicht kontrollierten Schiffraum zur Beförderung von Südamerika nach Europa sind gegenwärtig etwa 205 sh. je t zu bezahlen. Unsere Versorgung aus den überseeischen Gebieten wird sich daher in den nächsten Monaten voraussichtlich wenig regelmäßig gestalten, weshalb um so mehr die einheimischen Erzeuger alle Ursache haben, sich ihrer Ablieferungspflicht zu erinnern. Damit sieht es gegenwärtig aber höchst traurig aus. Beispielsweise sind große Industriestädte seit einigen Wochen schon ohne Kartoffeln, ein Zustand, der zu den schlimmsten Befürchtungen Veranlassung gibt. Wenn die Arbeiterschaft gesteigerte Arbeitsleistungen herausbringen soll, dann muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß ihr die wichtigsten Lebensmittel zur Verfügung stehen.

Die gewaltige Erhöhung der Wagenstandgelder hat eine Flut von Protesten bei der Eisenbahnverwaltung erzeugt, die grundsätzlich berechtigt sind. Wie die Verwaltung nun nachträglich mitteilt, ist die Erhöhung der Standgelder in dem angegebenen Umfang nur vorübergehend erfolgt. Allem Anschein nach wird aber eine recht ansehnliche Erhöhung der Standgelder bestehen bleiben. Wie aus den Angaben der Eisenbahnverwaltung übrigens hervorgeht, ist der Zweck der Maßnahme, eine schnellere Entladung der Waggons zu erreichen, auch erzielt worden. Dem Wagenumlauf wäre damit also immerhin etwas gedient.

Das Ereignis der Wirtschaftswoche war die vom Stahlwerksverbande vorgenommene Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise, welche hauptsächlich mit Rücksicht auf die Lage des Auslandsmarktes erfolgt ist, wo die Verbraucher jeden Preis bezahlen, um Ware zu erhalten. Ob es mit solchen Preisen im Inlande nun gelingen wird, die Verschiebung von Ware ins Ausland durch das Loch im Westen zu verhindern, muß zunächst doch bezweifelt werden. Diese Preiserhöhung in einem Umfang, wie sie bisher noch nicht vorgekommen ist, wird natürlich eine Flut von Preissteigerungen für alle Verfeinerungsgerüste zur Folge haben. Die Regierung hat ihre Genehmigung zu dieser Maßnahme des Stahlwerksverbandes noch nicht erteilt. Die Werke zweifeln aber nicht daran, daß sie erteilt werden wird. Bedauerlich ist, daß durch solche Maßnahmen die Inangriffnahme von Wohnungsgebäuden immer weiter hinausgeschoben wird. Die Werke haben übrigens erklärt, auch ohne die Genehmigung der Regierung an diesen Preisen festhalten zu wollen. Nach dem Beschuß des Stahlwerksverbandes werden die Preise erhöht für Stabeisen von 995 auf 1745 M, Walzdraht von 1200 auf 2000 M, Grobbleche von 1185 auf 2235 M und Bandeisen von 1150 auf 1925 M für die t.

Die Stimmung an der Börse konnte sich während der Berichtswoche im großen und ganzen gut behaupten. Die Neufestsetzung der Preise seitens des Stahlwerksverbandes gab der Spekulation jedenfalls eine gute Unterlage. Die meisten chemischen Werte verließen die Berichtswoche mit ansehnlichen Erhöhungen. An der Frankfurter Börse notierten Aschaffenburger Zellstoff 258,50, Zement Heidelberg 175, Anglo-Kontinentale Guano 318, Badische Anilin und Soda 485, Gold- und Silber-Scheide-Anstalt 525, Chem. Fabr. Goldenberg 501, Th. Goldschmidt 327, Chem. Fabr. Griesheim 260, Farbwerke Höchst 357, Verein chemischer Fabriken Mannheim —, Farbwerk Mühlheim 151, Chem. Fabriken Weiler 229, Holzverkohlung Konstanz —, Rüterswerke 209, Ver. Ultramarinfabriken —, Wegelin Ruß 200, Chem. Werke Albert 505, Schuckert Nürnberg 145,25, Siemens & Halske Berlin 236, Gummiwaren Peter 259,50, Lederwerke Rothe Kreuznach 204, Verein deutscher Ölfabriken Mannheim 195, Zellstofffabrik Waldhof 220, Zuckerfabrik Badenia 353, Zuckerfabrik Frankenthal 425%.

Marktberichte.

Neue Eisenpreise. Der Roheisenverband erhöhte die Verkaufspreise für Dezember für Hämatiteisen um 436 M auf 1171,50 M, für Gießerei-Roheisen I um 262 M auf 914,50 M, für Gießerei-Roheisen III um 262 M auf 913,50 M, für Gießerei-Stahleisen um 249 M auf 826 M, für Spiegeleisen um 263 M auf 896 M. Die Preiserhöhungen bedürfen

noch der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums, da die in der Versammlung des Roheisenverbandes anwesenden Regierungsvertreter nicht genügend bevoiligt waren. — Die Felten u. Guillaume Carlswerk Akt.-Ges. in Köln-Mülheim teilt mit, die Werke im besetzten Gebiet hätten beschlossen, die Preise für alle Sorten Eisendraht um 1000 M je t zu erhöhen. — Die Drahtkonvention erhöht die Preise für gezogenen Draht von 1450 M auf 2450 M, für verzinkten Draht von 1850 M auf 2950 M, für Stacheldraht von 2170 M auf 3270 M, für Drahtstifte von 1750 M auf 2800 M je t. Die Röhrenvereinigung hat die Bruttopreise für Gas- und Siederohren um durchschnittlich 150% erhöht. („B. Tg.“) *on.*

Einkauf deutscher Farbstoffe in Spanien. Das Ministerium der Förderung (Formento) hat sich an alle Handels- und Industriekammern Spaniens mit der Aufforderung gewandt, alle Beteiligten des Webstoffgewerbes zu ersuchen, in Syndikatsform zusammengekommen, ihren Bedarf an Farbstoffen aufzugeben, um eine gemeinsame Bestellung in Deutschland zu machen und von der Verbandskommission in Koblenz die nötigen Ausfuhrscheine zu erlangen. Die Verteilung soll nachher von den spanischen Herstellern selbst vorgenommen werden. (K. V.)

Versorgung der Niederlande mit Kunstdünger. Die Ausfuhr von Kunstdünger, sowie Chilesalpeter, ist jetzt wieder sichergestellt. Die Möglichkeit liegt nämlich vor, genügenden holländischen Schiffsräum zur Verfügung zu stellen, um bis Ende April ungefähr 80 000 t Salpeter in Holland einzuführen; diese Menge würde in Verbindung mit den noch vorhandenen Mengen ausreichend sein, um die holländischen Bedürfnisse zu decken. Eingeführt wird dieser Salpeter aus Chile gegen eine Frachtrate, die zwischen 59 und 75 fl. je t schwankt, während die marktübliche Frachtrate jetzt 250 sh. je t beträgt. („Nachrichten.“)

Vom Terpentinöl- und Harzmarkt (25./11. 1919). Die Preise für echtes Terpentinöl lagen am einheimischen Markt überall etwas höher als im vorigen Berichtabschnitt. Die strenge Überwachung der Einfuhr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet bewirkte, daß das Angebot im größten Teil Deutschlands nachließ, da ja Terpentinöl keineswegs zu den dringend nötigen Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens gehört. Da uns zur Verfügung stehenden Lösungsmittel, hergestellt aus eigenen Rohstoffen, wie beispielsweise Tetralin, erfüllen ihren Zweck. Der Preis für Tetralin beim Bezug in Kesselwagen stellt sich auf etwa 440 M und bei fassweisem Bezug auf 470 M für 100 kg ab Fabrik. Demgegenüber stellt sich ausländisches Terpentinöl naturgemäß erheblich teurer, abgesehen davon, daß dessen Verwendung nicht zum Vorteil unserer Valuta ist. Für helles dänisches Terpentinöl in kleineren Mengen forderte der Handel zuletzt 14,50 bis 14,75 M und für schwedisches 16,50 bis 16,75 M das kg einschließlich Verpackung frachtfrei Empfangstation. Amerikanisches Terpentinöl erschien in der letzten Zeit nur wenig am Markt, wie es überhaupt dringend erforderlich ist, alle überflüssigen ausländischen Erzeugnisse dem deutschen Markt zur Aufbesserung der Valuta fernzuhalten. Die Lage in Nordamerika läßt darauf schließen, daß die hohen Terpentinölpreise sich dauernd einrichten wollen. Einstweilen läßt sich aber aus den spärlichen Meldungen kein genaues Urteil gewinnen. Aus den zunehmenden Vorräten von amerikanischem Terpentinöl in England geht hervor, daß die Ausfuhr aus Nordamerika trotz des Frachtraummangels sehr umfangreich ist. Aus diesem Grunde haben auch die Verbraucher in der Union während der letzten Wochen ihren Bedarf für einige Zeit gedeckt, woraufhin die Preise kräftig anzogen. Die Berichte von drüben besagen, daß vermehrte Kauflust der Verbraucher im Lande die Preise bestätigt habe. Die Lage des Weltmarktes im allgemeinen auch ohne unsere Valutaschwierigkeiten läßt den Schluß zu, daß vollwertige Lösungsmittel wie Tetralin zu wesentlich billigeren Preisen als Terpentinöl bei uns dauernd einen aufnahmefähigen Markt finden werden. Andere Lösungsmittel zu gewissen Zwecken waren zu abweichenden Preisen im Markt. New York erhöhte den Preis für vorrätiges Terpentinöl auf 170 und Sayannah auf 157½ Cents die Gallone. Die Lage am englischen Markt, mit dem wir uns wegen etwaiger späterer Einfuhr hauptsächlich wohl zu befassen haben, war im großen und ganzen sehr fest, die Preise neigten schließlich jedoch ein wenig zugunsten des Käufers. Für Lieferung im Dezember und in den Monaten Januar—April wurden größere Posten gekauft. London notierte für amerikanisches Terpentinöl zur Lieferung bis Ende Dezember etwa 126 sh. und für Januar—April 128 sh. 9 d der Ztr. Harz war vorübergehend fester und höher am amerikanischen Markt, in der letzten Woche jedoch sehr gedrückt. Beispielsweise ging der Preis für „F“ Harz in Savannah von 17 auf 16,05 Doll. die 125 kg zurück. Sollten die Preise von Harz weiter nachgeben, so werden die von Terpentinöl möglicherweise weiter anziehen. Helles französisches Harz war an den inländischen Märkten zu Preisen von 9—9,50 M das kg angeboten. *—m.*

Zur Lage der Zuckerindustrie (25./11. 1919). Die Lage der Zuckerindustrie im allgemeinen ist wenig erfreulich, eine Tatsache, welche sie aber mit allen anderen Industriezweigen zu teilen gezwungen ist. Der vorzeitige Winter mit seinem starken Schneefall hat die Kosten der Rübenverarbeitung naturgemäß nicht unerheblich gesteigert, weshalb der Verein der deutschen Zuckerindustrie an das Reichswirt-

schaftsministerium den Antrag auf weitere Erhöhung der Rohzuckerpreise mit rückwirkender Kraft gestellt hat. Hierzu hat die Regierung bis jetzt noch keine Stellung genommen. Die Frage des Rübenpreises im nächsten Jahr harrt ebenfalls noch der Entscheidung. Gegenüber dem Preise von 4 M im letzten Jahr, der den Charakter eines Mindestpreises hatte, wurden vor einiger Zeit Forderungen nach einem Rübenpreise von 6 M je Ztr. laut, welche in den letzten Wochen jedoch bis auf 8 M gesteigert worden sind. Mag die Entscheidung nun fallen, wie sie will, auf jeden Fall ist im nächsten Betriebsjahr mit wesentlich höheren Preisen für Verbrauchszucker zu rechnen. Während des Berichtsabschnittes gelangte die zweite und dritte Rate an die Raffinerien zur Verteilung, so daß an den Rohzuckermärkten im großen und ganzen lebhafte geschäftliche Tätigkeit herrschte. Infolge des Schneewetters mußten die Fabriken die Verarbeitung unterbrechen, doch hat der Frost den noch im Boden steckenden Rüben nichts geschadet. Das inzwischen eingetretene Tauwetter dürfte die Fabriken bald in den Stand setzen, mit der Verarbeitung forzufahren. Infolge des herrschenden Wagenmangels erlitten die Ablieferungen von Rohzucker mancherlei Verzögerungen, was jedoch weniger ins Gewicht fällt, weil die Raffinerien bei der ungenügenden Versorgung mit Kohlen die Verarbeitung der Rohware erst wesentlich später als in früheren Jahren aufnehmen können. Wenn die noch auf dem Felde befindlichen Rüben durch die starke Schneedecke auch vor Frostschäden geschützt waren, so dürfte ihre Haltbarkeit doch etwas gelitten haben und es nötig sein, sie hintereinander aufzuarbeiten. Die Ablieferungen der Raffinerien hielten sich während der verflossenen vier Wochen in ziemlich engen Grenzen, zumal der weiterverarbeitenden Industrie gegenüber dem Vorjahr nur geringere Mengen zugeteilt werden. Die Verarbeitung der Rohware alter Ernte erreichte mittlerweile ihr Ende. Vereinzelt werden die Raffinerien in den nächsten Wochen mit der Verarbeitung neuer Rohware beginnen. Die Verteilung von Rohzucker an die Bevölkerung erwies sich bisher nicht als notwendig. Unregelmäßigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung waren bei einzelnen Kommunen jedoch nicht zu vermeiden. Die Stimmung der ausländischen Märkte war im großen und ganzen fest und steigend. Im Senat der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist der Antrag eingebracht worden, die staatliche Belebung des Zuckers für das Jahr 1920 beizubehalten. Die Wittringsberichte von Cuba lauteten im großen und ganzen günstig. Der voraussichtliche Ertrag wird auf 4,5 Mill. t geschätzt, was jedoch als verfrüht bezeichnet werden muß. In Holland war die Stimmung in den letzten Wochen fester und höher. Die Wittring hat auch dort die Rübenernte ungünstig beeinflußt. Der Zuckergehalt war nach den bisherigen Ergebnissen günstiger als im Vorjahr.

—p.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

England. Der Antidumping-Gesetzentwurf. Die „Westminster Gazette“ veröffentlicht in einem Leitartikel vom 21./11. eine Übersicht über die Hauptbestimmungen des Antidumping-Gesetzentwurfs, der Ende voriger Woche im englischen Unterhause eingebrochen wurde. Das Gesetz erteilt einem Ausschuß, der aus zehn Mitgliedern des englischen Unterhauses, drei Regierungsbeamten und dem Präsidenten des Handelsamtes als Vorsitzenden gebildet wird, die unbeschränkte Vollmacht, die Einfuhr aller Güter nach England zu untersagen, die „systematisch und in größeren Mengen“ zu Preisen eingeführt werden, die niedriger sind als der Verkaufspreis dieser Artikel im Herstellungslande. Es bedarf nicht erst des tatsächlichen Abschlusses solcher Geschäfte, sondern dieser Regierungsausschuß ist schon befugt, das Einfuhrverbot auszusprechen, wenn ihm solche Offerente zu Schleuderpreisen bekannt werden oder ihm Nachricht darüber zugeht — also auch z. B. von britischen Konurrenten der ausländischen Hersteller — daß eine solche Einfuhr beabsichtigt ist. Das Gesetz sieht ferner vor, daß dieser diktatorische Ausschuß berechtigt sein soll, durch Einfuhrverbote die während des Krieges in England neu aufgebauten oder staatlich geförderten lebenswichtigen Industrien, wie die optische Industrie, die Herstellung von Magnetzündern und die Farbstoffindustrie, gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen. („D. Allg. Ztg.“) *ll.*

Chemische Industrie.

Vereinigte Staaten. Einkaufsam und Ausfuhrtrust für Chemikalien. Das Oktoberheft des American Exporter 1919 berichtet, daß das Internationale Einkaufamt (International Purchasing Bureau) Nr. 203 East Fifteenth Street, New York, Anfang Oktober Prospekte herausgegeben hat, auf denen die bei dem Amt käuflich zu habenden Chemikalien, Farbstoffe, Mineralien und Farben aufgeführt sind. Diese Stelle ist ein Zentralbureau für den Verkauf von Chemikalien aller Arten, Glycerin, Farben, Gummi, Farbstoffen, Ölen, Gerbstoffen und Rohstoffen. Sie verdient ebenso wie die Chemical Alliance die Beachtung weiter Kreise der deutschen chemischen Industrie. Die Chemical Alliance ist ein spezieller amerikanischer

Ausfuhrtrust für Chemikalien, der mit einem Kapital von 15 Mill. Doll. begründet worden ist. („Berg. M. Ztg.“) Gr.

Mit der Herstellung von **Wasserstoffsuperoxyd** sind 20—30 Fabriken beschäftigt, davon 10 in New York und 3 in New Jersey. Die Erzeugung beläuft sich auf etwa 16 000—20 000 tons jährlich. Gr.

Es gab 1914 in Amerika 68 Soda-fabriken, die 1 341 105 tons **Alkalien** herstellten. Hiervon waren: 90 000 tons Natriumbicarbonat, 212 500 tons caustische Soda, 935 000 tons calc. Soda, 24 500 tons Glaubersalz, 28 500 tons Borax, 11 800 tons Bichromate, 15 000 tons Phosphate, 169 000 tons Alkalisilicate. on.

Kali als Nebenerzeugnis der Zementindustrie. Das kanadische Handelsamt hat festgestellt, daß in 15 Cementwerken der Vereinigten Staaten Kaligewinnungsanlagen errichtet sind oder werden. Wo das schon vor einigen Jahren geschehen war, ist während des Krieges an Kali mehr verdient worden als an Zement. Eine ganze Reihe von Anlagen haben schon im ersten Betriebsjahr ihre vollen Kosten eingebracht. Die Canada Cement Co. wird als erste kanadische Zementfabrik eine große Kaligewinnungsanlage dieser Art in ihrem Werk in Port Colborne (Ontario) schaffen. („Fin. News“ vom 21./11. 1919.) Ec.*

England. Der von der Erfindungsabteilung des englischen Munitionsministeriums im Juni 1916 eingesetzte Ausschuß für stickstoffhaltige Erzeugnisse hat seinen Bericht ausgearbeitet, der demnächst erscheinen wird, er erstreckt sich auf eine Erforschung des Stickstoffproblems während 30 Monaten. Seine Vorschläge betreffen u. a. die Deckung eines Teils des wachsenden Stickstoffbedarfes durch einheimische Erzeugung, die Beibehaltung und Steigerung der Erzeugung von Ammoniak als Nebenerzeugnis von Gaswerken, Koksofen usw., die bessere Ausnutzung der englischen Kohlevorräte und sparsamere Verwendung von Kohlen als Brennstoff. Der Ausschuß gibt auch an, in welcher Richtung weitere Forschungen hinsichtlich des Stickstoffproblems, wie sie im Kriege begonnen wurden, zum Nutzen der Allgemeinheit fortgesetzt werden sollten. Das größte Interesse bietet, was der Bericht über die Richtung der künftigen Entwicklung der Fixierung des Luftstickstoffs in England sagt. Das Munitionsministerium hat zu diesem Behuf den Bau einer Fabrik, die 271 acres bedeckt, in Billingham on Tees angefangen. Der Bau dieser Fabrik wurde beim Abschluß des Waffenstillstandes unterbrochen, um Erwägungen über die zweckmäßigste Art des weiteren Vorganges zu ermöglichen. Man hat jetzt Grund zu der Annahme, daß durch eine Veränderung des Planes die Herstellung von synthetischem Ammoniak in industrieller Weise ermöglicht werden kann und die Regierung hat beschlossen, die weitere Entwicklung dem privaten Unternehmungsgeist zu überlassen. Der Munitionsminister ist daher bereit, die begonnene Anlage an Interessenten zu verkaufen, die in der Lage sind, erfolgreich die Fixierung des Luftstickstoffs zu entwickeln. Sicherung der genügenden Herstellung von Salpetersäure für Sprengstoffe der Militär- und Marineverwaltung wird Bedingung des Verkaufs der Anlage sein. („Fin. Times“ vom 5./11. 1919.) Ec.*

British Dyestuffs Ltd. Von Interesse ist eine Zuschrift im Sprechsaal der „Financial News“ vom 22./11. 1919, die einen Interimsbericht der Leitung der Gesellschaft verlangt, um der Entwertung der Aktien Einhalt zu tun. Ec.*

Dividende. Die Castner Kellner Alkali Gesellschaft wird für das am 30./9. zu Ende gegangene Geschäftsjahr eine Schlußdividende von 7% bezahlen, mit der Interimsdividende stellt sich die Jahresdividende auf 13% gegen 20, 20, 22, 20 und 15% in den letzten fünf Jahren. („Fin. News“ vom 21./11. 1919.) Ec.*

Italien. Neugründung. Fabbrica Concini Chimici del Sannio in Benevento. Kapital 600 000 Pfd. Sterl., zwecks Herstellung von mineralischem Superphosphat, sowie anderen chemischen Düngemitteln. („Economista d’Italia“ vom 17./10. 1919.) ar.

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Soziales.

Der Beruf des Chemikers. Unter diesem Titel hat der Bund angestellter Chemiker und Ingenieure, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 36, eine kleine Schrift herausgegeben, die zum Preise von 0,50 M vom Bund bezogen werden kann. Die Schrift soll als Berufswegweiser dienen, kommt aber auf Grund einer sachgemäßen Darlegung der schwierigen Lage unserer Industrie auf der einen und der Überfüllung unseres Berufes, insbesondere der Hörsäle und Laboratorien der Hochschulen auf der anderen Seite zu dem Ergebnis, daß von dem Studium der Chemie unter den heutigen Verhältnissen dringend abzuraten ist. Das ist, nachdem der Verein deutscher Chemikerinnen mit seiner Warnung (vgl. S. 756) vorangegangen ist, die zweite gewichtige Stimme, die hoffentlich nicht ungehört verhallen wird. Der Bund wird zusammen mit dem Verein deutscher Chemiker und einer Reihe anderer hieran interessierter Verbände demnächst noch mit einer offiziellen Warnung herauskommen. Gleichzeitig erscheint es aber auch nötig, die noch weit trostloseren

Verhältnisse der chemischen Hilfskräfte zu berücksichtigen. Denn wenn wir der Überfüllung unseres Berufes wirksam begegnen wollen, müssen wir natürlich auch dafür sorgen, daß der ungeheurelle Zustrom von Laborantinnen (Chemotechnikerinnen) aus den zahlreichen Chemieschulen aller Art — privaten und öffentlichen — abgedämmt wird.

Was im übrigen den Inhalt des Schriftchens betrifft, so wird versucht, rechnerisch den jährlichen Bedarf der deutschen Industrie an jungen Chemikern zu ermitteln. Der Versuch darf unser Interesse beanspruchen, wenngleich schon die erste Grundlage der Berechnung — eine Annahme von 15000 deutschen Chemikern — unzutreffend ist. (Diese Zahl ist sicherlich um 50% zu hoch.) Die Frage, wieviel junge Chemiker vor dem Kriege alljährlich in der Praxis ihr Unterkommen fanden, hat ja leider heute auch nur noch historisches Interesse. Die Schrift selbst sagt treffend: „Diese Industrie wird Mühe haben, ihren bisherigen Mitarbeitern Brot und Beschäftigung zu geben. Sie wird, um ihr Personal jung zu erhalten, die besten und hoffnungsreichsten unter den jetzt Studierenden auswählen. Für deren große Menge wird sie schwerlich Raum haben.“

Als Anhang zu diesen allgemeinen Ausführungen sind „Leitsätze für das Studium der Chemie an der Universität Berlin“ beigegeben, die von der Chemikerschaft an der Berliner Universität aufgestellt sind. Der Schrift ist weiteste Verbreitung unter den Abiturienten der höheren Schulen zu wünschen.

Sf.*

Tarif für Chemiker. Am 27./11. haben in Berlin zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands und dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure Verhandlungen über einen Reichsrahmentarif begonnen. Durch den Rahmentarif sollen die allgemeinen Arbeits- und Vertragsbedingungen für naturwissenschaftliche und technische Angestellte mit Hochschulbildung in der chemischen Industrie Deutschlands gleichmäßig geregelt werden. Die Gehaltsregelung wird hierdurch nicht berührt und bleibt örtlichen oder freien Vereinbarungen überlassen.

ar.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Dr. Weber, a. o. Professor für theoretische Physik an der Universität Rostock, wurde anlässlich des Universitäts-Jubiläums der Titel eines o. Honorarprofessors verliehen.

Eswurdenberufen (gewählt): Dr. H. Matthes, bisheriger Professor an der Universität Straßburg, auf den Lehrstuhl der pharmazeutischen Chemie in Königsberg; Dr. Th. W. Richards, Prof. der Chemie an der Harvarduniversität, zum Präsidenten der Amerikanischen Akademie der Künste und Wissenschaften.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Ing.-Chem. S. Gäßler tritt als Teilhaber in die Bau- und Gewerbe G. m. b. H. in Krems a. d. Donau ein und wird deren Brikettierungsanlage leiten.

Eswurde ernannt: H. Schmitz, früher Direktor der Metallbank u. Metallurgischen Gesellschaft Frankfurt a. M., zum Direktor und Vorstand der Badischen Anilin- und Soda-fabrik, Ludwigshafen a. Rh.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: O. Pillhardt jun., bei der Aktien-Zuckerfabrik Groß-Gerau A.-G.; Rittergutsbesitzer A. Pötsch, Sibbesdorf, und Amtmann K. Pötsch, Maxdorf, bei der Aktiengesellschaft Zuckerfabrik Holland in Cöthen.

Prokura wurde erteilt: Ing. E. Illing und H. Petermann, bei der Fa. Papierfabrik Hedwigsthal Johannes Lohmann in Raubach; Dr. phil. K. Klimosch, Chemiker, bei den Vereinigten Niederländischen Kautschukfabriken in Doorwarth (Holland); E. Prante, Barmen, und O. Schönfeld, Elberfeld, bei der Fa. Elberfelder Papierfabrik A.-G. in Elberfeld mit Zweigniederlassung in Zehlendorf.

Kommerzienrat Brunk wird Ende d. J. aus Gesundheitsrücksichten aus dem Vorstand der Badischen Anilin- und Soda-fabrik, Ludwigshafen a. Rh., ausscheiden.

Gestorben sind: Chemiker E. Rudelitz am 6./11. zu Haynau im Alter von 67 Jahren. — Max Weil, Chef der Chemischen Fabrik Edelweiß Max Weil, Kreuzlingen, am 27./11.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Die Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute, e. V. hält am 8.—9./12. in Berlin im Sitzungssaal des Ingenieurhauses, Sommerstraße 4a, eine Mitgliederversammlung ab. Vorträge: 1. Marineoberbaurat Schulz, Berlin: „Allgemeine Gesichtspunkte über Normung der Metalle und Stand der gegenwärtigen Arbeiten.“ 2. Dr. phil. Vageler, Berlin: „Die Schwimmaufbereitung vom Standpunkt der Kolloidchemie.“ on.

Verein deutscher Chemiker.

Abkommen zwischen dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure¹⁾ und dem Verein deutscher Chemiker.

Zwischen dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure, nachstehend kurz Bund genannt, und dem Verein deutscher Chemiker, nachstehend als Verein bezeichnet, wird folgendes Übereinkommen getroffen:

§ 1.

Der Verein wahrt bei voller Berücksichtigung der Angestellteninteressen nach innen und außen einen paritätschen Standpunkt.

§ 2.

Dem Bund bleibt die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der angestellten Chemiker ausschließlich vorbehalten. Wissenschaftliche und technische Fragen behandelt der Bund nicht, Standes- und Unterrichtsfragen nur, soweit die besonderen Interessen der angestellten Chemiker dabei in Betracht kommen.

§ 3.

Der Verein befaßt sich mit wissenschaftlichen und technischen Dingen, mit allgemeinen Standesfragen, Unterrichtsfragen, Maßnahmen zur Förderung der deutschen Chemie und chemischen Industrie, kurz mit all den Gebieten, die für die Chemiker in ihrer Gesamtheit, gleichgültig ob Arbeitgeber, Angestellte oder in freier Berufsstellung tätige Chemiker, gleichgeartetes Interesse haben.

§ 4.

In wirtschaftlichen, Standes- und Unterrichtsfragen, bei denen Interessengegensätze zwischen Angestellten und Arbeitgebern in Betracht kommen, verzichtet der Verein auf Stellungnahme und Beeinflussung von Öffentlichkeit und Gesetzgebung, doch bleibt es ihm unbenommen, in der Zeitschrift für angewandte Chemie derartige Fragen zur Erörterung zu stellen. Die Schriftleitung soll dabei beiden Parteien in gleicher Weise das Wort verstatthen.

§ 5.

Die Vertragschließenden halten es im allgemeinen für wünschenswert, sich gegenseitig über geplante oder schon in die Wege geleitete Schritte bei solchen Angelegenheiten ihres Arbeitsgebietes, die auch zu denjenigen des anderen Teils gehören oder mit ihm in Berührung stehen, zu unterrichten, um Zweifel über die Zuständigkeit zu beseitigen und Unterstützung des die Angelegenheit betreibenden Teiles zu erwägen.

§ 6.

Der Verein verpflichtet sich, alle Mitteilungen des Bundes von allgemeinem Interesse in der Zeitschrift für angewandte Chemie zu veröffentlichen. Das gleiche gilt von den ihm durch den Bund zugänglich gemachten Einladungen zu Versammlungen und von Werbeaufsätzen.

Der Bund verpflichtet sich dagegen, alle Mitteilungen von allgemeinem Interesse, die in Fachzeitschriften veröffentlicht werden sollen, möglichst zuerst oder spätestens gleichzeitig der Zeitschrift für angewandte Chemie zu übergeben. Ausgenommen hiervon sind solche Veröffentlichungen, die als Erwiderung auf Aufsätze von dritter Seite für ein besonderes Fachblatt bestimmt sind.

Das Nachrichtenblatt des Bundes wird sich auf die Mitteilungen aus dem Arbeitsgebiet des Bundes beschränken unter Ausschluß von sonstigen wissenschaftlichen und technischen Veröffentlichungen, es wird keine Anzeigen bringen, die sich an die Industrie wenden.

§ 7.

Der Verein stellt dem Bund sein Adressenverzeichnis und das bei der Stellenvermittlung sich ergebende statistische Material unter Wahrung der vertraulichen Behandlung zur Verfügung.

Er baut seinen Stellenachweis paritätisch weiter aus unter möglichster Berücksichtigung der Wünsche des Bundes. Nur für den Fall, daß dieser Stellenachweis nicht den berechtigten Anforderungen der Angestellten Rechnung tragen sollte, behält sich der Bund die Errichtung eines eigenen Stellenachweises vor.

¹⁾ Das Abkommen ist vom Bundesvorstand vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch die Sprecherschaft unterzeichnet worden.

§ 8.

Der Verein wird in seine paritätschen Ausschüsse nach Möglichkeit auf der Angestelltenseite solche Vertreter einsetzen, die gleichzeitig Mitglieder des Bundes sind.

§ 9.

Abänderungen an diesem Übereinkommen können nur mit Zustimmung beider vertragschließender Parteien vorgenommen werden. Die Kündigung des Übereinkommens kann bis spätestens 1./7. eines Jahres, zum 1./1. des folgenden Jahres geschehen.

Anhang zum Übereinkommen.

I. Der bisherige Stellenachweis des Vereins wird dahin erweitert, daß er nicht nur für Chemiker, sondern überhaupt für naturwissenschaftlich-technische Angestellte mit Hochschulbildung benutzbar ist. Er soll fernerhin auch solchen Korporationen dienen können, die dem Bunde in irgend einer Form als ihrer wirtschaftlichen Vertretung angeschlossen sind, auch ohne daß die Mitglieder derselben Akademiker oder Vollakademiker sind (z. B. Koloristen-Bund, Bund der Brauerei-Diplom-Ingenieure, Verein der Brauerei- und Mälzerei-Chemiker).

II. Zur Oberaufsicht über den durch den Verein geführten Stellenachweis wird ein Kuratorium bestellt, das sich zusammensetzt aus einem Mitgliede des Vereins, das im freien Berufe tätig ist, und je einem Mitgliede des Bundes und des Arbeitgeber-Verbandes. Die Benennung dieser 3 Mitglieder hat alljährlich durch die 3 Korporationen neu zu erfolgen, die außerdem je einen Stellvertreter für ihren Delegierten namhaft machen.

III. Das Kuratorium hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß nicht Stellenangebote und Nachfragen im Nachweisregister aufgenommen werden, deren Gehaltssätze sich unter dem Existenzminimum bewegen, das derzeit ein Akademiker billigerweise beanspruchen kann. Wo örtlich Tarife abgeschlossen sind, oder nach Abschluß eines Reichstarifes dürfen sich die Gehaltssätze der aufzunehmenden Nachweise nicht niedriger als die Tarifsätze stellen. Der Bund ist verpflichtet, zum Zwecke der Ermöglichung dieser Kontrolle dem Stellenachweis die abgeschlossenen Tarife von Fall zu Fall zu übermitteln.

Berlin, den 25./10., 22./11. 1919.

Für den Bund angestellter Chemiker und Ingenieure.

Der Bundesvorstand.

Dr. A. Knorr. Dr. Mittelstenscheid.

Verein deutscher Chemiker E. V.

Prof. Dr. Th. Diehl, Vorsitzender.

Das vorliegende Abkommen ist von der Hauptversammlung in Würzburg am 7./9. d. J. grundsätzlich genehmigt worden; wegen redaktioneller Änderung eines Punktes war unser Vorstand ermächtigt worden, mit dem Bund noch eine Vereinbarung zu treffen. Nachdem dies geschehen ist, wurde das Abkommen von den Vorständen beider Parteien vollzogen.

Der Vertrag bildet den Abschluß der im Laufe des Jahres 1919 in unserer Vereinszeitschrift und den Bezirksvereinen lebhaft erörterten Frage der Stellung unseres Vereins zu den Bestrebungen der angestellten Chemiker. Die gesetzlichen Bestimmungen machen für die Angestellten, ebenso wie für die Arbeitgeber, selbständige Organisationen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nötig. Unser paritätisch zusammengesetzter Verein kann demgegenüber nur das Ziel verfolgen, nach wie vor der neutrale Sammelpunkt der im gewerblichen Leben und im freien Beruf stehenden Chemiker zu sein und mit diesen, soweit gleichartige Bestrebungen in Frage kommen, zusammenzuarbeiten. Der Weg hierzu ist in dem Übereinkommen mit dem Bund betreten und es steht zu hoffen, daß der Vertrag, insbesondere der § 5 desselben zu einer steten Fühlung und Zusammenarbeit mit dem Bund führt. Diese Fühlung soll sich aber nicht nur auf die Vorstände erstrecken, sondern wir wollen hoffen und anstreben, daß die Mitglieder des einen Verbandes auch dem anderen angehören, damit ihnen die Einrichtungen und Vorteile beider Verbände zur Verfügung stehen. Hierbei mitzuwirken sind namentlich unsere Bezirksvereine berufen; in ihnen vollzieht sich das innere Leben unseres Vereins, sie vermitteln den Gedankenaustausch zwischen den Angehörigen der einzelnen Gruppen und ihnen ist nach der neuen Satzung das wichtige Vorschlagsrecht für die Vorstandswahl übertragen. Möchte in ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller akademisch gebildeten Chemiker gerade nach Abschluß dieses Vertrages besonders gepflegt werden.